

**Zeitschrift:** Berner Schulblatt  
**Herausgeber:** Bernischer Lehrerverein  
**Band:** 111 (1978)  
**Heft:** 46

## Heft

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.02.2026

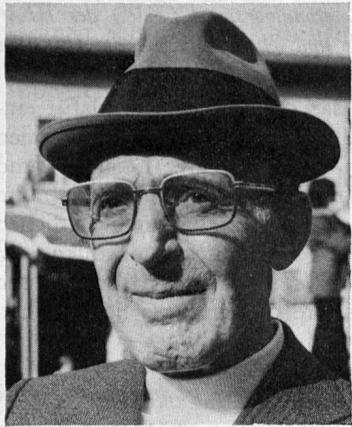
**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Organ des Bernischen Lehrervereins  
111. Jahrgang. Bern, 17. November 1978

Organe de la Société des enseignants bernois  
111<sup>e</sup> année. Berne, 17 novembre 1978

## † Fritz Pfister

Im Lindenhof-Spital verschied am 29. Oktober 1978 an den Folgen eines Herzinfarkts Fritz Pfister im Alter von 80 Jahren. Von 1929 bis 1965 wirkte er als Lehrer an der Primarschule Bern-Kirchenfeld, nachdem er seine Schulmeisterspuren auf weltabgelegener Egg im Emmental redlich abverdient hatte.



Fritz Pfister war ein Lehrer eigener Prägung, der neben dem Unterrichten seine Hauptaufgabe vor allem in der Erziehung seiner Schüler zu gutwilligen, sich verantwortlich fühlenden Menschen sah. Ohne viel Aufhebens, still und unauffällig, wie es seinem äussern und innern Wesen entsprach, leistete er weit mehr als schlechthin von einem Lehrer erwartet werden darf. Er war buchstäblich von früh bis spät und auch in seiner Freizeit für die Schule tätig: neben dem ordentlichen Unterricht als fachkundiger, begeisterter Gartenbaulehrer, der auch einen grossen Teil der Ferien zur Pflege seines Schulgartens opferte; als geschickter Handfertigkeitslehrer für Holzbearbeitung; oder zusammen mit seiner Frau als umsichtiger Leiter von Ferienkolonien des Hilfsvereins und von Skilagern der Kirchenfeldschule. Und überall, wo er sich einsetzte, tat er es mit warmer Menschlichkeit und fühlbarer Anteilnahme und Fürsorge für die Kinder, die nicht zu den vom Schicksal bevorzugten gehörten.

Stets zur Verfügung stand er auch seinen Kolleginnen und Kollegen. Er half Material beizubringen für Unterrichtsvorbereitungen oder leistete Hilfe bei schwierigen Arbeiten, wo er seine handwerklichen Fähigkeiten einsetzen konnte.

Seine Schüler waren ihm alle ans Herz gewachsen. Er förderte sie nicht nur durch seinen sorgfältig und gewissenhaft vorbereiteten Unterricht und individuelle Hilfe; er suchte auch ihre werdende Persönlichkeit zu erfassen und zu entwickeln. Nie gab er die Hoffnung auf auch bei schwierigsten Schülern; er glaubte unverzagt an das Gute, das sich schliesslich doch durchsetzen

werde. Von dieser für einen Pädagogen wohl einzig richtigen Einstellung liess er sich auch durch andere Erfahrungen und Enttäuschungen nicht abbringen.

Als Lehrer auf der Oberstufe half er seinen Schülern auch bei der Berufsfindung und -wahl. Er besprach sich mit ihnen, beriet sie, vermittelte ihnen Stellen und stand ihnen oft noch in der Lehre bei, wenn es Schwierigkeiten gab. Alle wussten, dass sie sich in jeder Lage und zu jeder Zeit wieder an ihn wenden konnten. Mit grosser Freude erfüllte es ihn jeweils, wenn sich Ehemalige in anspruchsvollen Berufen bewährten und gelegentlich in führende Stellen aufrückten, die Primarschülern sonst nicht offen stehen. Gross war auch die Schar derer, die ihn stets wieder besuchten und so mit ihrem Lehrer weit über die Schulzeit hinaus verbunden blieben.

Fritz Pfister war von zurückhaltender, bescheidener Art, die aber verbunden war mit zähem Einsatz für alles, was ihm richtig, gut und darum erstrebenswert schien. Das galt sowohl für seine politische wie pädagogische Überzeugung, die er ohne sturen missionarischen Eifer und ohne grosse Worte, aber eindeutig und bestimmt verfocht. Schulkommission und alle Lehrkräfte, die mit Fritz Pfister zusammen an der Kirchenfeldschule unterrichtet haben, werden ihn als geschätzten Lehrer und herzensguten Menschen in Erinnerung behalten.

Max Gygax

## Zwischenbericht der Strukturkommission

Am 26. Oktober 1978 hat die Strukturkommission des Bernischen Lehrervereins in ihrer vierten Sitzung dem folgenden Arbeitspapier zugestimmt:

### Elemente einer neuen Organisationsstruktur für den BLV

- Der BLV bezweckt, die bernische Lehrerschaft aller Stufen und aller Regionen in einem gemeinsamen Verein zusammenzuschliessen.

## Inhalt–Sommaire

† Fritz Pfister .....	335
Zwischenbericht der Strukturkommission .....	335
Stellungnahme des Initiativkomitees für kleinere Schulklassen .....	336
Bernisches Historisches Museum .....	338
Centre de perfectionnement du corps enseignant; avis important .....	338
Mitteilungen des Sekretariates .....	338
Communications du Secrétariat .....	338

2. Der BLV ist geografisch in *Sektionen* gegliedert, denen in den Statuten des BLV bestimmte Aufgaben zugewiesen sind. Mehrere Sektionen einer Region können sich, mit Zustimmung des KV BLV, gemeinsame Organe geben.
  3. Die Lehrerkategorien (auch die Primarlehrer) organisieren sich in *Stufenorganisationen* mit statutarisch umschriebener Selbständigkeit.
  4. Die *Statuten* der Stufenorganisationen dürfen keine Widersprüche zu den Statuten des BLV enthalten.
  5. In den Statuten des BLV und der Stufenorganisationen muss die *Doppelmitgliedschaft* obligatorisch festgelegt sein. Die Mitglieder werden durch die Stufenorganisationen aufgenommen.
  6. Die leitenden Organe des BLV sind:
    - 6.1 Die *Abgeordnetenversammlung*, die sich zusammensetzt aus
      - einer festgelegten Zahl von Abgeordneten der Stufenorganisationen und
      - einer der Grösse entsprechenden Zahl von Abgeordneten der Sektionen, wobei die Lehrerkategorien und die Veteranen angemessen zu berücksichtigen sind.
 Eine festgelegte Zahl von Abgeordneten kann getrennte Abstimmung nach Stufenorganisationen und Sektionen verlangen. Nur das doppelte Ja erhebt das Geschäft zum Beschluss.
    - 6.2 Der *Kantonalvorstand*, der sich aus einer bestimmten Zahl den Stufenorganisationen fest zugeteilten und von diesen vorgeschlagenen aber von der Abgeordnetenversammlung gewählter Mitglieder zusammengesetzt, wobei mindestens eines aus dem Jura stammen muss.
    - 6.3 Der *Leitende Ausschuss*, bestehend aus vier KV-Mitgliedern, darunter auch dem KV-Präsidenten, wobei höchstens zwei Mitglieder derselben Stufenorganisation angehören dürfen. Auf sinnvollen Turnus ist zu achten. Die Präsidenten von KV und LA dürfen nicht derselben Stufenorganisation angehören.
  7. Der KV kann einzelne Geschäfte an Stufenorganisationen delegieren. Ein Stufenverein kann die *Delegation eines Geschäftes* gegen den Willen des KV durchsetzen, wenn Vorstand und Delegierten- bzw. Mitgliederversammlung dies verlangen. In diesem Fall führt der Dienstweg nach aussen (Behörden etc.) über den KV BLV, der den Antrag des Stufenvereins im Wortlaut weiterleiten muss, zu dem Geschäft aber nach seinem Gutdünken eine begleitende Stellungnahme abgeben kann.
  8. Wird eine Lehrerkategorie von einem Geschäft besonders betroffen, hat sie das Recht auf eine Vertretung in der *Verhandlungsdelegation* des BLV. Der Vertreter der Stufenorganisation wird von dieser selbst bestimmt.
  9. Nach ihrem alters- oder krankheitsbedingten Austritt aus dem aktiven Schuldienst bleiben die *Veteranen* Mitglied des BLV und ihrer Stufenorganisationen mit allen Rechten und ohne Beitragspflicht.
- In den Statuten der Sektionen und der Stufenvereine ist den Veteranen eine angemessene Vertretung in deren Organen zuzusichern. Sie sind auch in die leitenden Organe des BLV wählbar. Eine Veteranenvereinigung ist weiterhin möglich.

10. *Stellenlose* und Lehrer mit kleinen Pensen können unter besonderen finanziellen Bedingungen Mitglied des BLV und der Stufenorganisationen werden bzw. bleiben. Sie haben keine statutarisch gesicherte Vertretung in den leitenden Organen, von denen ihre Interessen aber wahrzunehmen sind.

Der Kommissionssekretär: *Moritz Baumberger*

## Stellungnahme des Initiativkomitees für kleinere Schulklassen

### Unsere Kinder brauchen kleinere Klassen, darum Ja zur Initiative

(Wir danken dem Zentralsekretär und der Redaktion für die Aufnahme unserer Entgegnung auf die Erklärung des Kantonalvorstandes. Siehe S. 338.)

*Warum befürwortet der Kantonalvorstand (KV) des BLV kleine Schulklassen für alle und lehnt trotzdem die Initiative der Gewerkschaften ab?*

Das einzige Argument, das der KV offiziell dafür einsetzen kann, ist: die Richtlinien der Regierung seien «anpassungsfähig», die «vernünftigere Lösung» und böten «Ermessungsspielraum»; ein solcher Spielraum werde den gegebenen Verhältnissen, nämlich «zeitlichen und örtlichen Schwankungen» der Schülerzahlen und den daraus folgenden organisatorischen Erfordernissen besser gerecht als die «starre Obergrenze» der Höchstzahlen in der Initiative.

#### 1. Auf welche Verhältnisse nimmt der KV damit Rücksicht?

Wenn Schulbehörden in einer Gemeinde Ermessensspielraum benötigen, so heisst das doch letztlich, dass Kostenüberlegungen den Ausschlag geben. Gewiss, Schüler aus einer übergrossen Klasse in eine andere und aus dieser später vielleicht noch einmal weitere Schüler zu versetzen – das wäre an den Kindern schlecht gehandelt. Aber so einfach liegt der Fall ja nicht.

Wenn der Geburtenrückgang sich auswirkt, dann von unten nach oben, und niemand wird *deswegen umgeteilt* werden müssen. Wenn Abwanderung oder Zuwanderung sich auswirkt, dann dürfte sie kaum nur die eine von mehreren Parallelklassen treffen. Zudem kommen jetzt schon Klassenschliessungen und -zusammenlegungen vor, deren «Unruhe» jedenfalls nicht so gross sein kann, dass man davon Abstand nähme! Es bleibt als einziger unvermeidlicher Fall, dass wegen des Geburtenrückgangs eine 1. Primarklasse nicht eröffnet werden kann. Alle andern Fälle sind genau besehen reine Sparfälle: mehrere geschrumpfte Klassen werden zu wieder grossen Klassen zusammengelegt; Lehrer und Schulräume werden überzählig.

Das sind also die Verhältnisse, auf die Rücksicht genommen wird: wirtschaftliche Wandlungen und Krisen, verursacht durch Produktionsschwankungen und Finanzspekulationen, für die ein Schulkind gewiss zuletzt etwas kann, unter denen es aber direkt zu leiden hat. Schulpolitik heisst, auch dagegen etwas zu tun.

Die Regierung behauptet, die Initiative würde in der Einführungsphase 70 Millionen jährlich kosten. Seltsam mutet dies allerdings an, wenn die Regierung des Kantons Basel-Stadt, wo die Initiative vom Volk deutlich angenommen wurde, zugeben musste, dass keine Mehr-

kosten entstehen würden – und dies bei höheren Durchschnitten als in Bern! Weiter gilt es zu bedenken, dass diese Kosten nur zum Teil effektive Neukosten wären, dass viele lediglich nicht getätigte Einsparungen wären. Schliesslich ist die Regierung zur Zeit in der Lage, einen Steuerrabatt zu gewähren, von dem beim bernischen Steuersystem allerdings nicht die kleinen Steuerzahler wirklich profitieren. Zu diesen gehört aber jene Mehrheit der Berner Bevölkerung, deren Kinder am ehesten unter ungerechten Klassengrössen leiden.

Es gilt zu fragen: sind diese Rücksichten auf die finanzielle Krisenpolitik der mehrheitlich bürgerlichen Regierung wirklich die einzigen, die eine Lehrerorganisation zu nehmen hat? Wieviel gelten dem KV die erzieherischen, psychischen und sozialen Bedürfnisse der Schüler und Lehrer *wirklich*?

## 2. Was bewirkt die Initiative?

Die gesetzliche Festlegung von Höchstzahlen (25 Schüler für einstufige Klassen) bedeutet:

- + einen Schritt zum Abbau der Chancengleichheit: Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen, sozial benachteiligte, langsame und schwache Schüler und solche, die ihren Wohnort wechseln mussten, brauchen eine individuelle Betreuung. Sie, wie auch der überdurchschnittliche Schüler haben ein Anrecht auf grösstmögliche Förderung.
- + Grosses Klassen (es gab 1977 noch 842 Primarschulklassen mit 26 bis 30 und 143 mit 31 und mehr Schülern) werden kleiner.
- + Kleine Klassen bleiben klein. Sie können nicht beliebig zusammengelegt und vergrössert werden.
- + Die Initiative verlangt keineswegs, dass alle Klassen auf 25 Schüler aufgestockt werden müssten. Nach unten legt sie keine Grenze fest, im Gegenteil: als Sicherung verlangt sie, dass keine Klasse aufgelöst werden darf, solange sie zwei Drittel des Höchstbestands aufweist.
- + Die sehr lange Übergangsfrist von sechs Jahren und die Härtefallklausel erlauben eine harmonische Anpassung der Schulorganisation.
- + Gesetzliche Festlegung bedeutet eine klagbare Norm, d.h. die Möglichkeit für jeden Bürger, ihre Einhaltung gerichtlich zu verlangen.
- + Die gesetzliche Festlegung bedeutet ferner, dass jede Schule in jeder Gemeinde, ohne Angst vor zu hohen Eigenkosten, in den Genuss gleicher Ausbildungsbedingungen (Klassengrössen) kommt (kant. Lastenausgleich).

## 3. Was bedeuten die Richtlinien der Erziehungsdirektion?

In der Vernehmlassung zu den neuen ED-Richtlinien hat sich die BLV-Leitung für die Verwirklichung der Richtzahl 25 plus/minus 10 Prozent ausgesprochen. Diese Forderung scheint in den nun geltenden Richtlinien berücksichtigt: sie sehen einen «Normalbereich» von 22 bis 28 Schülern vor. Der «obere Überprüfungsbereich» liegt aber bei «30 und mehr» Schülern: also geht der Normalbereich doch bis 29. Der «untere Überprüfungsbereich» setzt erstaunlicherweise bei «15 und weniger» an und entspricht damit sogar etwa der Zweidrittel-Klausel der Initiative.

Aber was heisst da eigentlich «Überprüfungsbereich»? Ist mit solchen Richtlinien die Forderung der BLV-Leitung wirklich «in wesentlichen Punkten» erfüllt?

Eine Überprüfung kann auch mit negativem Entscheid ausgehen, und dann heisst die Formel «30 und mehr», dass Klassen mit beliebig vielen Schülern toleriert werden können. Es gibt keine Grenze, wo die Regierung zur Teilung einer Klasse gezwungen wäre.

## 4. Wer darf hier wem vertrauen?

Der KV findet, Richtlinien bedeuten einen «anfechtbaren Entscheid» und sie würden die Behörden «beauftragen», die Klassengrössen «von Amtes wegen auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen». So unverbindlich wie der Begriff «Überprüfung», so unklar tönen «anfechtbarer Entscheid» und «beauftragen».

Wer hat das politische oder formale Recht, auf welchem Weg gegen die Richtlinien selbst und – im Fall ihrer Nichtanwendung – gegen die ausführenden Behörden vorzugehen? Selbst der Zentralsekretär des BLV konnte dem Initiativkomitee weder für den einen noch den andern Fall konkrete Auskunft geben.

Richtlinien sind verwaltungsinterne Handlungsanweisungen und unterliegen keiner parlamentarischen und schon gar keiner Kontrolle der Bevölkerung. Wie der KV in diesem Zusammenhang von «Ermessensspieldraum der direkt beteiligten Gemeindebehörden, Inspektoren, Eltern (!) und Lehrer» sprechen kann, ist nicht einsichtig. Hingegen erlaubt die gesetzliche Festlegung tatsächlich jeder Gemeindebehörde, jedem Lehrer, allen Eltern, im Konfliktfall für die Chancengleichheit ihrer Schüler einzutreten.

Es scheint uns für die unsichere Position des KV symptomatisch, dass er als ultima ratio das «Vertrauen in den guten Willen der Behörden» beschwören muss. Im Staatskundeunterricht erklären wir Lehrer unsren Schülern, wie nur der verantwortliche und tätige Bürger Träger und Garant, Souverän des demokratischen Staates ist. Solch bedingungsloses Vertrauen, wie es der KV empfiehlt, bedeutet doch in Wahrheit eine sich selbst entmündigende Unterwerfung unter den letztentscheidenden und unanfechtbaren Willen einer Obrigkeit.

## 5. «Wie hast du's mit der Demokratie?»

Diese Gretchenfrage sollte der KV nicht uns, sondern sich selber stellen. Wieso hat er die Mitglieder des BLV nie zu unserer Initiative befragt? Sind schulpolitische Gesetzesinitiativen – gewiss kein Alltagsereignis im Kanton Bern – so belanglos, dass man sie unter den Vereinstisch werfen kann? Immerhin gab es im gleichen Zeitraum eine breit angelegte Mitgliederumfrage in der Sache der Zusatzlektionen – woraus man nur schliessen kann: diese Lehrer waren sich selbst und nicht den Schülern am nächsten.

## 6. Verpolitiserte Pädagogik?

Es sei Politik, wenn Eltern, Lehrer, Gemeindebehörden sich ein schulpolitisches Recht erkämpfen wollen, es sei offenbar keine Politik, wenn sich die Regierung die schulpolitische Entscheidung vorbehalten will – zu diesem Schluss muss kommen, wer die Stellungnahme des KV zu Ende interpretiert. Verstehe diese Logik, wer kann!

Soviel bleibt: Für die Entwicklung eines Kindes ist es entscheidend, wie es in seiner Schulkasse aussieht. Das anerkennt auch der KV. Dass jedes Kind in jeder Schule (und mit ihnen Lehrer und Eltern) die gleichen Ent-

wicklungschancen bekommen muss, anerkennt er nicht mehr ohne grosse Vorbehalte. Und dass die Kantonsbürger darüber jederzeit selbst befinden können, lehnt er ab.

#### Keine Politik?

Im Namen des Initiativkomitees  
(GE, GKEW, VPOD-Lehrergruppen)

*Dr. Markus Wick*

*Hans Sommer*

#### Bernisches Historisches Museum

##### Öffentliche Abendführungen

Im November finden jeweils *Mittwoch* um 18.30 Uhr folgende Abendführungen statt:

22. November

Dr. Ch. Osterwalder: Keltisches und Römisches im Bernischen Historischen Museum

29. November

Dr. K. Zimmermann: Frühmittelalterliche Grabfunde aus Bern

##### Sonderausstellung:

*Vom Berner Bär zum Schweizerkreuz – Aus der Geschichte Berns 1750–1850*

(s. Schweiz. Lehrerzeitung, Schulpraxis Nr. 43 vom 26. Oktober 1978)

Öffnungszeiten: 9–12, 14–17 Uhr, sonntags 10–12, 14–17 Uhr, Montag ganzer Tag geschlossen.

---

## L'Ecole bernoise

---

### Centre de perfectionnement du corps enseignant

#### Cours et manifestations du mois de décembre 1978

##### 5.102.11 *Ski de fond* (IEP)

MM. F. Léchot et M. Chaignat. Les 16 et 17 décembre à Mt-Soleil.

##### 5.108.9 *L'observation de l'enfant: données objectives, interprétations et jugements de valeur*

M. J.-P. Ryser le 5 décembre à l'école normale de Delémont.

– tous les participants à des cours isolés et non inscrits dans le livret de cours (CILA, cours normaux suisses, Centre de Lucerne, etc.);

– tous les groupes de travail reconnus;

sur le fait que les décomptes (subvention, frais) doivent parvenir à la Direction du centre de perfectionnement, rue de l'Hôtel de Ville 16, 2740 Moutier,

jusqu'au 10 décembre 1978, au plus tard. Passé ce délai, aucun décompte ou demande ne pourra être pris en considération.

Nous rappelons qu'une demande préalable de subvention doit être obligatoirement adressée au Centre de perfectionnement, deux mois avant la date du début du cours.

Le directeur: *W. Jeanneret*

#### Avis important

Nous attirons l'attention de:

– toutes les institutions, associations et animateurs qui ont organisé des cours et manifestations de perfectionnement;

---

## Mitteilungen des Sekretariates

---

### Initiative für kleine Schulklassen

#### Stellungnahme des Kantonalvorstandes des Bernischen Lehrervereins

Am 3. Dezember 1978 haben die Stimmberechtigten des Kantons Bern über Annahme oder Ablehnung des Volksbegehrens für kleine Schulklassen zu entscheiden. Der Grossen Rat hat in der Septembersession mit 88 zu 24 Stimmen beschlossen, die Initiative ohne Gegenvorschlag mit der Empfehlung auf Verwerfung der Volksabstimmung zu unterbreiten und optimale Klassengrösse gestützt auf die neuen Richtlinien der Erziehungsdirektion zu erreichen.

Einigkeit herrscht darüber, dass die Klassengrösse ein wichtiges Element des Schulwesens ist:

---

## Communications du Secrétariat

---

### Initiative pour de petites classes

#### Prise de position du comité cantonal de la Société des enseignants bernois

Le 3 décembre 1978, le corps électoral aura à se prononcer pour le rejet ou l'acceptation de l'initiative pour de petites classes. Dans sa session de septembre, le Grand Conseil a décidé de soumettre cette initiative au peuple sans contre-projet, en recommandant le rejet. Les nouvelles directives édictées par la Direction de l'instruction publique doivent permettre de créer des classes de grandeur optimale.

Chacun est d'accord pour affirmer que la grandeur des classes est un des éléments importants de l'école:

- Die Schülerzahl beeinflusst entscheidend die Unterrichtsformen und die persönlichen Beziehungen in der Klasse. Zu grosse Klassen sollten möglichst rasch verschwinden.
- Die Klassengrösse ist aber auch ein entscheidender Kostenfaktor. Die Gesamtkosten des Schulwesens steigen fast proportional zur Zahl der Klassen. Weil der grösste Teil der Kosten über den Lastenausgleich läuft, besteht ein starkes Interesse an einer Angleichung der Klassengrösse im ganzen Kanton.
- Die Klassengrösse ist ein wichtiger Faktor der Arbeitsbedingungen der Lehrer in bezug auf die Belastung des Einzelnen und auf das Ausmass der Stellenlosigkeit.

Die Frage ist, ob die notwendige Angleichung der Klassengrösse und das Ausmerzen zu grosser Klassen mit Hilfe einer starren Obergrenze im Gesetz oder mit Hilfe von anpassungsfähigen Richtlinien geschehen soll.

#### *Der Bernische Lehrerverein unterstützt Richtlinien für kleine Schulklassen*

Der Kantonalvorstand des Bernischen Lehrervereins hat die im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 3. Dezember entstandene Lage gründlich geprüft. Er ist überzeugt, dass die Richtlinien die vernünftigere Lösung sind und empfiehlt deshalb, die Initiative abzulehnen.

Schülerzahlen unterliegen zeitlichen und örtlichen Schwankungen. Eine starre Obergrenze, die nur in Härtefällen vorübergehend überschritten werden darf, trägt dem nicht Rechnung. Wollen wir wirklich Verhältnisse schaffen, wo Schüler aus einer Klasse in eine andere, aus einem Schulhaus in ein anderes verschoben werden, nur weil an einem Ort ein oder zwei Kinder zuviel, am andern Ort aber noch Plätze frei sind?

Die Initiative verbietet das Aufheben von Klassen, solange diese zwei Drittel des gesetzlichen Höchstbestandes aufweisen. Diese Bestimmung trägt den gegenwärtigen Verhältnissen mit den massiven Schülerrückgängen in vielen Schulkreisen nicht Rechnung. Wollen wir in grossen Gemeinden wirklich viele Parallelklassen mit 16 Schülern durchhalten und Zusammenlegungen auf z. B. durchschnittlich 20 Schüler verhindern?

Der Vorteil einer im Gesetz fixierten Zahl bestünde darin, dass nötigenfalls gegen zu grosse Klassen beim Gericht geklagt werden könnte, während bei den Richtlinien bloss ein anfechtbarer Entscheid vorliegen würde.

Die Richtlinien aber haben den Vorteil, dass örtliche, zeitliche und persönliche Umstände berücksichtigt werden können. Damit werden vernünftige pädagogische Entscheide erleichtert. Die Richtlinien sind auch leichter neu entstandenen Bedingungen anzupassen.

#### *Wie klein soll eine Klasse sein?*

Seit Jahrzehnten haben sich die Lehrerorganisationen für eine Richtzahl von 25 Schülern pro Klasse eingesetzt. Es gibt aber keine allgemein anerkannten Kriterien für das Festlegen der günstigsten Klassengrösse. Örtliche, persönliche und gesellschaftliche Umstände spielen in dieser Frage eine wichtige Rolle. Mit dem Wandel der sozialen Verhältnisse und der pädagogischen Ideale ändern sich auch die Bedingungen für die optimale Schülerzahl. Deshalb sind Richtlinien, wie sie von der Erziehungsdirektion auf Frühling 1978 in Kraft gesetzt wurden, eine günstigere Lösung als Zahlen im Gesetz.

- le nombre d'élèves influence de façon considérable les formes d'enseignement et les relations personnelles à l'intérieur d'une classe. Les classes trop grandes devraient disparaître le plus rapidement possible.
- la grandeur des classes est aussi un facteur déterminant dans les questions financières. Le coût de l'école augmente presque proportionnellement au nombre des classes. La plus grande partie des frais étant supportée par la péréquation financière, il y a intérêt à une certaine uniformisation de la grandeur des classes dans l'ensemble du canton.
- la grandeur des classes est un facteur important des conditions de travail des enseignants en ce qui concerne la charge de chacun et le chômage.

Reste à savoir comment parvenir à cette uniformisation nécessaire de la grandeur des classes et à la disparition des classes trop grandes. Faut-il fixer dans la loi des limites supérieures rigides ou intervenir à l'aide de directives plus souples?

#### *La Société des enseignants bernois en faveur des directives pour de petites classes*

Le comité cantonal de la Société des enseignants bernois a examiné à fond la situation consécutive à la votation du 3 décembre. Il est persuadé que les directives constituent la solution la plus raisonnable et, pour cette raison, recommande le rejet de l'initiative.

Le nombre d'élèves est souvent fonction de fluctuations momentanées ou locales. Une limite supérieure qui ne pourrait être franchie provisoirement que dans des cas exceptionnels n'en tient pas compte. Voulons-nous créer des conditions telles que des élèves doivent être transférés d'une classe dans une autre, d'une école dans une autre, simplement parce qu'à un endroit il y a un ou deux élèves de trop et qu'ailleurs il y a encore des places libres?

L'initiative interdit la fermeture de classes aussi longtemps que l'effectif de celles-ci ne tombe pas en-dessous des deux tiers de l'effectif maximum fixé par la loi. Cette disposition ne tient nullement compte des conditions actuelles avec la diminution massive du nombre des élèves dans bien des arrondissements scolaires. Voulons-nous vraiment, dans les grandes communes, maintenir un grand nombre de classes avec 16 élèves et empêcher tout regroupement avec, par exemple, une moyenne de 20 élèves?

Le seul avantage de normes fixées dans la loi serait que, en cas de nécessité, on pourrait porter plainte devant un tribunal contre le maintien de classes trop grandes, alors que par les directives il n'y aurait là qu'une décision contestable.

Mais les directives offrent l'avantage de tenir compte des considérations locales, momentanées ou personnelles. Elles favorisent des décisions pédagogiques raisonnables et, dans les conditions actuelles, s'avèrent plus faciles à appliquer que d'autres mesures.

#### *Combien d'élèves une classe doit-elle compter?*

Depuis des décennies, les organisations d'enseignants s'efforcent de parvenir au chiffre indicatif de 25 élèves par classe. Mais il n'existe actuellement aucun critère universellement reconnu qui fixe de façon précise l'effectif le plus favorable pour une classe idéale. Les circonstances locales, personnelles ou sociales jouent un rôle important dans cette question. Avec l'évolution des rapports sociaux et des idéaux pédagogiques, les données pour une classe de grandeur idéale changent également. C'est pourquoi,

Die neuen Richtlinien legen einen heute verantwortbaren Normalbereich fest. Sie beauftragen die Behörden, Klassen oberhalb und unterhalb gewisser Grenzen von Amtes wegen auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen. Sie lassen einen Ermessensspielraum offen und tragen besonderen Umständen durch angemessene Bestimmungen Rechnung.

Die Gesetzesinitiative sieht unter anderem vor:

Höchstzahl in einstufigen Klassen	25 Schüler
Höchstzahl in mehrstufigen Klassen	22 Schüler
Überschreitungen sind in Härtefällen vorübergehend möglich.	

Demgegenüber lauten die entsprechenden Bestimmungen der Richtlinien:

Normalbereich bei	1 Schuljahr	22–28 Schüler
	2 Schuljahre	20–26 Schüler
	3–4 Schuljahre	18–24 Schüler
	5–6 Schuljahre	16–22 Schüler
	Gesamtschulen	14–20 Schüler

Reduktion bei besonderen Umständen möglich.

#### *Eine Frage des Vertrauens*

Mit der Initiative wird die im wesentlichen pädagogische Frage der Klassengrösse verpolitisiert. Mit der Annahme würden die direkt beteiligten Gemeindebehörden, Inspektoren, Eltern und Lehrer einen Teil ihres Ermessensspielraumes verlieren. Es entsteht also nicht mehr Demokratie, wie die Initianten sagen, sondern weniger.

Letztlich geht es bei der Abstimmung um das Vertrauen in den guten Willen der Behörden, zu grosse Klassen möglichst schnell verschwinden zu lassen. Bis jetzt haben wir im Kanton Bern mit diesem Vertrauen gute Erfahrungen gemacht. Die Statistiken beweisen, dass wir in bezug auf die durchschnittlichen Schülerzahlen sehr günstige Verhältnisse erreicht haben:

Durchschnittliche Grösse einstufiger Primarschulklassen im Kanton

BE	22,0	AG	28,9	AI	28,0	AR	24,2	BL	24,3
BS	26,3	FR	22,5	GE	23,9	GL	24,9		
GR	26,5	LU	29,9	NE	21,5	NW	24,6		
OW	27,3	SG	26,7	SH	27,6	SO	24,5		
SZ	25,4	TG	26,6	TI	21,2	UR	26,7		
VD	22,4	VS	24,6	ZG	27,4	ZH	fehlt		

Wegen des Geburtenrückganges werden wir in den nächsten Jahren mehr Probleme mit zu kleinen als mit zu grossen Klassen haben.

Die heute geltenden offiziellen Richtlinien entsprechen in den wesentlichen Punkten den Forderungen des Bernischen Lehrervereins. Im Einvernehmen mit allen Stufenorganisationen hat er ihnen zugestimmt. Er ist überzeugt, dass sie ein angemesseneres und vernünftigeres Instrument zum Erreichen des gemeinsamen Ziels sind als die durch die Initiative verlangten Höchstzahlen im Gesetz. Deshalb empfiehlt er, am 3. Dezember die Initiative abzulehnen.

*Kantonalvorstand BLV*

les directives édictées au printemps 1978 par la Direction de l'instruction publique constituent une meilleure solution que des chiffres fixés dans la loi.

Les nouvelles directives fixent un cadre normal, aujourd'hui acceptable. Elles contraignent les autorités à justifier officiellement le maintien d'effectifs en-dessus ou en-dessous de certaines normes. Elles permettent une certaine marge d'appréciation et tiennent compte, dans leur application, des circonstances particulières.

Alors que l'initiative prévoit entre autre :

effectif maximal pour une classe à un degré	25 élèves
effectif maximal pour une classe à plusieurs degrés	22 élèves
(ces effectifs ne peuvent être dépassés que dans des cas provisoires et exceptionnels),	

les prescriptions analogues des directives se présentent comme suit:

cadre normal pour	1 <sup>re</sup> année scolaire	22–28 élèves
	2 <sup>e</sup> année scolaire	20–26 élèves
	3–4 <sup>e</sup> année scolaire	18–24 élèves
	5–6 <sup>e</sup> année scolaire	16–22 élèves
	classes uniques	14–20 élèves

Dans des circonstances particulières, des réductions de ces effectifs sont possibles.

#### *Une question de confiance*

Avec l'initiative, on assiste à une politisation de l'école. En cas d'acceptation, les autorités communales directement concernées, les inspecteurs, les parents et les enseignants perdraient une bonne part de leur liberté d'appréciation. La solution ne serait pas plus démocratique, ainsi que le prétendent les promoteurs de l'initiative, mais bien moins démocratique.

Il s'agit enfin, par cette votation, de manifester notre confiance en nos autorités et de permettre une disparition plus rapide des classes trop grandes. Les expériences faites jusqu'à présent dans le canton de Berne ont prouvé que cette confiance était amplement justifiée. Les statistiques démontrent clairement – il suffit de comparer les chiffres – que nous nous trouvons dans une situation favorable.

Grandeur moyenne des classes primaires à un degré dans les cantons:

BE	22,0	AG	28,9	AI	28,0	AR	24,2	BL	24,3
BS	26,3	FR	22,5	GE	23,9	GL	24,9		
GR	26,5	LU	29,9	NE	21,5	NW	24,6		
OW	27,3	SG	26,7	SH	27,6	SO	24,5		
SZ	25,4	TG	26,6	TI	21,2	UR	26,7		
VD	22,4	VS	24,6	ZG	27,4	ZH	manque.		

En raison de la baisse de la natalité, ce n'est pas avec des classes trop grandes que nous aurons des problèmes, ces prochaines années, mais avec des classes trop petites.

Les directives aujourd'hui en vigueur correspondent dans les grandes lignes, aux exigences de la Société des enseignants bernois. C'est en accord avec toutes les organisations de degrés qu'elle y a souscrit. Elle reste persuadée que ces directives constituent un instrument mieux adapté et plus raisonnable pour atteindre le même but que des chiffres maximaux fixés dans la loi, comme le réclame l'initiative.

C'est pourquoi elle recommande, pour le 3 décembre, le rejet de l'initiative.

*Comité cantonal de la SEB*

## Aus den Verhandlungen des Kantonalvorstandes

Sitzung vom 25. Oktober 1978  
Vorsitz: Hans Frey

Berichtigter Schluss von Nr. 45 (Umbruchfehler der Setzerei)

### Fürsorgeeinrichtungen

Die Allgemeinen Anstellungsbedingungen, die jeweils mit den Stellenausschreibungen im Amtlichen Schulblatt veröffentlicht werden, verpflichten den Lehrer zur Mitwirkung bei den Fürsorgeeinrichtungen der Schulen, einschliesslich Ferienversorgung usw. Das neue Lehrerbewoldigungsgesetz hat eine schon vorher bestehende Kritik verstärkt. Sind Ferienkolonien tatsächlich Fürsorgeeinrichtungen, wenn sie doch häufig dazu dienen, dass Eltern ohne ihre Kinder Ferien machen können? Sind für die betroffenen Lehrer die in einer Ferienkolonie verbrachten Wochen nicht auch als Schulwochen zu zählen mit den entsprechenden Konsequenzen für die Pflichtstundenzahl? Wieso zählen Skilager beim einen Lehrer als Unterrichtswoche, beim anderen als Ferienwoche? Wo bleibt die Rechtsgleichheit, wenn die eine Gemeinde Leiter von Ferienkolonien entschädigt, in der anderen aber das Leiterehepaar für allenfalls mitgenommene eigene Kinder sogar noch den Beitrag bezahlen muss? Aufgrund von Vorschlägen einer Arbeitsgruppe hat das Sekretariat eine Eingabe an die Erziehungsdirektion vorbereitet, die aber von den beiden grössten Stufenorganisationen als ungenügend zurückgewiesen wurde. Nun beschloss der Kantonalvorstand, in einer Umfrage die Meinung der Vereinsmitglieder zu erheben.

### Rechtsschutzfälle

Der Zentralsekretär berichtete über erfolgreich verlaufene und noch hängige Rechtsschutzfälle. Der Kantonalvorstand sicherte drei Kollegen die Hilfe des Vereins zu. Bei dem in die Zeitungen getragenen Fall in Zweisimmen kann es der BLV nicht zulassen, dass ein definitiv gewählter Lehrer ohne ordentliches Verfahren auf die Strasse gestellt wird. Das mindeste, was man von einer bernischen Gemeinde erwarten darf, ist das Beschreiten der durch die Gesetze gewiesenen Wege, wo nicht mehr aufgeputzte Emotionen, sondern sachliche Gründe für einen Entscheid ausschlaggebend sind. Die gesetzlichen Bestimmungen schützen den Lehrer davor, in seiner ohnehin der öffentlichen Kritik ausgesetzten Stellung das Opfer von Willkür und persönlicher Rache zu werden. Was sind wir für eine menschliche Gemeinschaft, wenn wir einem von den Ärzten für gesund und eindeutig arbeitsfähig erklärten Lehrer nicht einmal mehr die Möglichkeit eines Wiederbeginns seiner beruflichen Tätigkeit geben, wenn die Gemeinde, die ihn gewählt hat, ihm den Zutritt zu seiner Schule ohne rechtliches Verfahren verbieten will?

### Unterstützungen

Der Kantonalvorstand bewilligte die Bezahlung der Kosten eines Fortbildungskurses an einen stellenlosen Lehrer und wandelte ein Darlehen an einen nun verstorbenen mittellosen Lehrer in eine nicht rückzahlbare Gabe um.

Sekretariat BLV: Moritz Baumberger

## Extrait des délibérations du Comité cantonal de la SEB

Séance du 25 octobre 1978

Présidence: Hans Frey

Le Comité cantonal observe quelques instants de recueillement à l'égard de Willy Schott, président de l'Association suisse des enseignants, qui est décédé brusquement des suites d'une défaillance cardiaque. En face de la mort, l'activité humaine déployée ici bas prend une tout autre signification.

### Effectif des classes

La votation du 3 décembre concernant l'initiative populaire ayant trait aux petites classes amène notre Société dans une situation difficile. D'un côté, la SEB s'est engagée depuis des décennies et avec succès en faveur d'effectifs scolaires raisonnables et cela en collaboration avec la Direction de l'instruction publique; elle ne peut donc que soutenir les objectifs des auteurs de l'initiative. D'un autre côté, les organes dirigeants de notre Société sont convaincus que l'instrument demandé par l'initiative, qui consiste à fixer dans la Loi des chiffres maximums rigides, est moins adapté aux conditions bernoises que les directives actuellement en vigueur de la Direction de l'instruction publique.

Le Comité cantonal décide donc:

- de ne pas soutenir le comité d'initiative ni d'adhérer au comité d'action contre l'initiative,

- de rester fidèle à sa politique actuelle et d'atteindre le plus rapidement possible des effectifs optimums avec l'aide de directives souples,
- de publier dans l'*«Ecole bernoise»* et dans la presse quotidienne une prise de position et d'exposer, au cours d'une conférence de presse, la position de la Société des enseignants bernois dans ce domaine.

### Allocations de renchérissement et allocations sociales

Le secrétaire central informe le Comité cantonal du résultat des négociations concernant les allocations de renchérissement et des allocations sociales. Une première proposition ayant rencontré une vive résistance dans la commission parlementaire, le gouvernement et les associations du personnel se sont mises d'accord sur de nouvelles propositions qui furent acceptées ensuite à l'unanimité de la commission parlementaire. Le projet prévoit une nouvelle réglementation des compétences concernant les allocations de renchérissement, une augmentation des allocations de familles, d'enfants et de résidence (à propos de ces dernières, le nouveau système ne prévoit plus que trois classes, au lieu des six actuelles), l'indexation de ces trois sortes d'allocations au renchérissement (on prend comme base, dans ce cas, 100,5 points alors que les salaires de base ont un indice de 88,96) et une nouvelle réglementation du droit aux allocations sociales qui tient mieux compte des prétentions légitimes de la femme. Le Grand Conseil discutera ces propositions du cours de la session de novembre.

### *Enseignement ménager*

Ce ne sont pas moins de trois interventions parlementaires qui reposent le problème de l'enseignement ménager. La première de ces interventions demande une conception adaptée de l'école complémentaire ménagère et la prise en considération des conditions et des besoins différents. La deuxième propose la suppression des cours complémentaire et l'introduction, pour garçons et filles des neuf années scolaires, d'un enseignement ménager obligatoire ainsi que la suppression des branches d'enseignement spécifiques à l'un des deux sexes. La troisième intervention demande de mieux tenir compte d'un enseignement de la diététique conforme aux besoins actuels dans l'enseignement ménager.

Le Comité cantonal est pour le maintien des cours complémentaires ménagers, mais il approuve néanmoins un réexamen de leur conception actuelle. Il rejette l'introduction d'une nouvelle branche dans les plans d'études des neuf années scolaires. Il est possible de tenir compte, dans le cadre des branches et du temps d'enseignement actuels, des demandes justifiées formulées dans ces interventions parlementaires. Les organes dirigeants sont d'avis que l'école ne doit pas accentuer la répartition traditionnelle des rôles attribués à chaque sexe, mais ils sont également convaincus que les différences propres à chaque sexe sont inhérentes à la nature humaine. Il vaut mieux offrir les mêmes possibilités de choix aux garçons et aux filles plutôt que d'arriver à un programme «uni-sexué» rigide et contraignant.

Le rapport publié par le groupe de travail de la Direction de l'instruction publique concernant la réforme de la formation des maîtresses ménagères est en consultation jusqu'à la fin de l'année. Le Comité cantonal de la SEB prendra position à ce sujet dans sa séance du 13 décembre.

### *Rélections de 1980*

Le 27 octobre 1978, les organes dirigeants de la SEB ont discuté, avec les présidents de section, de questions relatives aux rélections de 1980. Conformément à notre Règlement concernant la protection des membres en cas de non-réélection injustifiée, les collègues qui s'attendent à avoir des difficultés ou qui estiment que d'autres en auront, sont tenus de s'annoncer au Secrétariat afin que les mesures qui s'imposent puissent être prises à temps.

### *Coordination scolaire*

A l'occasion du prochain séminaire des présidents de l'Association suisse des enseignants, notre délégation s'entretiendra avec celle des enseignants zurichois à propos du prochain round concernant la coordination scolaire. But de ces entretiens: arriver si possible à une attitude concertée des deux Sociétés. Les enseignants bernois pourront s'exprimer, cet hiver, sur la base de questions concrètes.

### *Institutions sociales*

Les dispositions générales, publiées dans la Feuille officielle scolaire en préambule des mises au concours, ob-

lignent les enseignants à se mettre à disposition des autorités scolaires en vue de collaborer aux institutions sociales de l'école, y compris les colonies de vacances, etc. La nouvelle Loi sur les traitements du corps enseignant a accentué une critique qui existait déjà auparavant. Les colonies de vacances sont-elles réellement une institution sociale lorsqu'elles ont pour but de permettre aux parents de partir en vacances sans leurs enfants? Est-ce que, dans ce cas, les semaines passées en colonies de vacances ne doivent pas être comptées, pour les enseignants concernés, comme semaines d'école avec les conséquences correspondantes sur le nombre de leçons obligatoires? Comment se peut-il qu'un camp de ski compte comme semaine d'enseignement pour un maître et comme semaine de vacances pour un autre?

Pourquoi cette différence de traitement entre un enseignant que sa commune rétribue comme moniteur de colonies et un autre qui doit payer une contribution pour ses propres enfants?

Sur la base de propositions élaborées par un groupe de travail, le Secrétariat avait préparé une requête à la Direction de l'instruction publique, qui fut jugée insuffisante par les deux plus grandes associations de degrés. Le Comité cantonal décide de consulter les membres au moyen d'une enquête.

### *Cas d'assistance juridique*

Le secrétaire central rend compte des cas d'assistance juridique actuellement en cours et de ceux qui se sont soldés par un succès. Le Comité cantonal accorde l'assistance à trois collègues. Dans l'affaire de Zweisimmen évoquée dans la presse ces derniers temps, la SEB ne peut pas admettre qu'un enseignant élu définitivement puisse être jeté à la rue sans autre. Le moins que l'on puisse attendre d'une commune bernoise est qu'elle respecte la procédure prévue par la loi. Dans ce cas, la décision est basée sur des motifs objectifs et non sur des éléments émotionnels. Les dispositions légales empêchent un enseignant de devenir la victime de l'arbitraire et de la vengeance personnelle dans sa situation exposée sans autre à la critique publique. Est-ce encore une communauté humaine, celle qui refuse à un enseignant, reconnu en bonne santé et capable de travailler par plusieurs médecins, la possibilité de reprendre son activité professionnelle? La commune qui a élu cet enseignant agit elle humainement lors qu'elle lui refuse l'accès à l'école sans avoir recours à une procédure juridique?

### *Subventions*

Le Comité cantonal autorise le paiement des frais d'un cours de perfectionnement à un enseignant sans place et transforme un prêt accordé à un enseignant sans ressources, aujourd'hui décédé, en un don non remboursable.

Secrétariat SEB: *Moritz Baumberger*  
Adaptation française: *Paul Simon*

---

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach,  
Telephon 031 56 03 17.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.